

Der Schweizer Kampfjet und die Frage nach dem Volk

Kommt die Erneuerung der Luftwaffe an die Urne? Vier Szenarien, wie die Beschaffung ablaufen könnte.

Daniel Foppa, Ressortleiter Inland, Der Bund, 09.11.2017

Der Bundesrat will für 8 Milliarden Franken neue Kampfflugzeuge und Boden-Luft-Raketen beschaffen. Verteidigungsminister Guy Parmelin wollte diese Totalerneuerung der Luftwaffe dem fakultativen Referendum unterstellen. Doch seine Bundesratskollegen haben ihn gestern aufgefordert, verschiedene Varianten aufzuzeigen – auch solche ohne Volksabstimmung.

Auch im Parlament sind die Meinungen geteilt. So lehnt FDP-Sicherheitspolitiker Walter Müller, ein «selektives Finanzreferendum» für Rüstungskäufe ab, und SVP-Nationalrat Thomas Hurter sagt, das Volk habe mehrfach Ja gesagt zur Armee, jetzt müsse man ihm nicht einzelne Beschaffungen vorlegen. Auf der anderen Seite erklärt SP-Sicherheitspolitikerin Priska Seiler, ein Geschäft von dieser politischen Wichtigkeit müsse zwingend vors Volk.

Parmelin wird dem Bundesrat bis Februar 2018 diverse Varianten unterbreiten. Dabei stehen folgende Verfahren im Vordergrund:

1/4

Referendumsfähiger Planungsbeschluss über 8 Milliarden Franken (Flugzeuge und Luftabwehr)

Diese Variante favorisiert Parmelin. Ein Planungsbeschluss ist laut Gesetz «bei wichtigen Planungen der Staatstätigkeit» vorgesehen. Rüstungskäufe fallen in der Regel nicht darunter. Aus Sicht des Verteidigungsdepartements (VBS) verhält es sich bei der Jetbeschaffung jedoch anders, da es um den Fortbestand der Luftwaffe und einen enormen Betrag geht.

Chancen: Es ist am wahrscheinlichsten, dass der Bundesrat diesen Weg einschlägt. Das Referendum wäre sicher, die Chancen vor dem Volk gut. Zwar ist der Betrag mehr als doppelt so hoch wie bei der gescheiterten Gripen-Abstimmung. Aber die Befürworter können argumentieren, dass man dafür auch die Luftabwehr erneuert und leistungsfähigere Flugzeuge als den Gripen erhält. Da das Weiterbestehen der Luftwaffe auf dem Spiel steht, ist ein Ja wahrscheinlich.

2/4

Referendumsfähiger Planungsbeschluss über rund 6 Milliarden Franken (nur Flugzeuge)

Es ist eher unwahrscheinlich, dass Parmelin nur die Jets dem Volk vorlegen will. Denn er betont jeweils, dass die Flugzeugflotte zusammen mit der Luftabwehr erneuert werden müsse. Tatsächlich hängt beides eng zusammen. Vereinfacht gesagt: Je mehr man an einem Ort investiert, desto mehr kann man am anderen Ort einsparen.

Chancen: Auch in diesem Fall wäre das Referendum sicher. Da der Betrag niedriger als beim Gesamtpaket ausfällt, dürften die Chancen vor dem Volk noch grösser sein.

3/4

Änderung des Militärgesetzes

Eine eher ungewöhnliche Variante wäre es, das Militärgesetz mit einem Artikel zu ergänzen, der den Schutz des Luftraums und die dafür nötigen Mittel umschreibt. Man würde also im Gesetz die Anzahl zu beschaffender Flugzeuge festschreiben. Dagegen wäre das Referendum möglich. Im Bundesrat geniesst diese Variante Unterstützung. Insbesondere Vertreter der Mitteparteien befürchten, dass mit einem Planungsbeschluss ein Dammbbruch eingeleitet wird. Fortan, so die Bedenken, müssten dann reihenweise grosse Beschaffungen dem Referendum unterstellt werden, und das Land würde zunehmend unregierbar.

Chancen: Erneut wäre das Referendum sicher. Die Chancen auf ein Ja zur Beschaffung wären in diesem Fall jedoch kleiner als beim Planungsbeschluss. Denn ein Gesetzestext mit einer konkreten Anzahl Flugzeuge bietet viel mehr Angriffsfläche. Armeebefürworter, die zum Beispiel die im Gesetz genannte Zahl als nicht ausreichend erachten, könnten ebenfalls Nein stimmen. Ein allfälliges Nein wäre deswegen auch schwierig zu interpretieren. Ähnliches gilt für den Fall, dass sich der Bundesrat wie beim Gripen für ein Fonds-Gesetz entscheidet.

4/4

Reguläre Armeebotschaft

Dies wäre der übliche Weg für Rüstungsbeschaffungen: Der Bundesrat schlägt vor, das Parlament entscheidet. Ein Referendum wäre nicht möglich. Für diesen Fall haben armeekritische Kreise bereits eine Volksinitiative zur Verhinderung der Jets angekündigt.

Chancen: Schlägt der Bundesrat den Weg via übliche Armeebotschaft ein, muss er sich vorwerfen lassen, Angst vor einem Volksentscheid zu haben. Zudem würde das ein Rüstungsprogramm in der Höhe von 8 Milliarden bedingen, was es so noch nie gegeben hat. Eine Initiative gegen die Beschaffung käme problemlos zustande. Weit schwieriger wäre es, das Volks- und insbesondere das Ständemehr zu erreichen. Es ist nicht zu erwarten, dass eine Mehrheit der Kantone einen Jetkauf ablehnt, bei dem es um den Fortbestand der Luftwaffe geht.

Bei allen Varianten ist wahrscheinlich, dass zunächst bloss über den Kredit entschieden wird und erst danach der Typenentscheid fällt. Im VBS wird diese Variante bevorzugt, weil sie die Chancen der Vorlage erhöht. Tatsächlich war es nicht zuletzt die Kritik aus armeefreundlichen Kreisen am Modell Gripen, die 2014 zum Scheitern des Kampfjetkaufs an der Urne geführt hat. (Tages-Anzeiger)